

Preis für GeschwisterNetz

Das GeschwisterNetz der Lebenshilfe hat den Förderpreis 2016 / 2017 der Stiftung FamilienBande in der Kategorie „Angebote für erwachsene Geschwister“ gewonnen. Er ist mit insgesamt 15 000 Euro dotiert, der Betrag wird unter den sieben Gewinnern aufgeteilt. Das Preisgeld soll sowohl in die inhaltliche Weiterentwicklung des Angebots als auch in das geplante, bundesweite Treffen fließen.

Politik in einfacher Sprache

Bei der Bundeszentrale für politische Bildung gibt es jetzt das Heft: „einfach Politik: Bundestagswahl 2017“. Auf 40 Seiten werden Antworten auf viele Fragen in einfacher Sprache gegeben. Die Hefte können online bestellt werden unter: www.bpb.de/shop oder in den Medienzentren der Bundeszentrale für politische Bildung in Bonn oder Berlin. (Bestellnummer: 9401)

Worüber wir reden müssen

Was bedeuten neue vorgeburtliche Diagnose-Verfahren für die Gesellschaft? Darüber diskutierten jetzt Experten auf einer Tagung.

Von Katrin Grüber

Ob, und wenn ja, an welchen Stellen kann die Gesellschaft auf die Anwendung nicht invasiver Pränataltests Einfluss nehmen? Wo kann Partizipation stattfinden? Wo hat sie eine Wirkung? Diese Fragen standen im Zentrum der diesjährigen Tagung des Institutes Mensch, Ethik und Wissenschaft (IMEW) im Juni in Berlin.

Dazu geforscht haben Dr. Sabine Könniger und Prof. Dr. Kathrin Braun, derzeit Mitarbeiterinnen des IMEW. Das zweijährige Projekt wird vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) gefördert.

Kathrin Braun und Sabine Könniger stellen Ergebnisse ihrer Forschung auf der Veranstaltung vor und diskutierten sie mit etwa 50 Vertretern von unterschiedlichen Organisationen und Gremien. Darunter waren Vertreter des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales, des Deutschen Ethikrates, des gen-ethischen Netzwerks, Vertreter von Fachverbänden, Beratungsstellen und viele andere.

Das Projekt hat gezeigt: Es gibt verschiedene Möglichkeiten der Partizipation. So sind Patientenvertreter Mitglied im Gemeinsamen Bundesausschuss, der über die Zulassung der nicht-invasiven Pränataldiagnostik entscheiden wird. Gleichzeitig melden sich Menschen öffentlich zu Wort; sie organisieren Kampagnen, Protestkundgebungen oder Veranstaltungen.

Das Problem sei aber, so Sabine Könniger, die öffentliche Diskussion habe erst stattgefunden, nachdem der Präna-Test in der Welt war. Vorher fehlten breite Informationen darüber. Erst durch die Medien wurde öffentlich, dass beispielsweise das BMBF die Einführung des Tests im Rahmen eines Projektes gefördert hatte. Deshalb konnte die grundsätzliche Frage: „Wollen wir als Gesellschaft diesen Test?“, nicht mehr gestellt werden, sondern nur die Frage:

„Wie wollen und wie sollen wir mit dem Test umgehen?“.

Das Resümee von Kathrin Braun: Die bisherigen Verfahren sind nicht geeignet, die ethischen und gesellschaftspolitischen Fragestellungen angemessen zu behandeln. Keine Stelle fühlt sich zuständig. Stattdessen werden andere aufgefordert, aktiv

stellen, dass Frauen dem Test beziehungsweise der Pränataldiagnostik umso skeptischer gegenüberstehen, je besser sie informiert sind.

Während der Schwangerschaft könnten jedoch zu viele Informationen manche werdende Mutter überfordern, so einige Tagungsteilnehmer. Deshalb seien frühe Informationen



zu werden. Gleichzeitig würden normative Entscheidungen getroffen, beispielsweise über die Förderungswürdigkeit von Testverfahren. Die öffentlichen Debatten wirkten sich nicht direkt auf die Nutzung des Tests aus.

Stattdessen, so die Wissenschaftsjournalistin Erika Feyerabend, nutzen die Unternehmen zahlreiche Möglichkeiten, um den Test zu verbreiten, beispielsweise mit Fortbildungen, um Ärzte von seinen Vorteilen zu überzeugen.

Auf der Tagung diskutiert wurde zudem die Frage, ob es einen geeigneten Zeitpunkt gibt, um Frauen über die Testmöglichkeiten zu informieren, so dass sie eine fundierte Entscheidung treffen können. Immerhin ist festzu-

über diese Themen, also bereits in der Schule, sinnvoll. Andere zweifelten daran, dass dieser frühe Ansatz eine nachhaltige Wirkung habe.

Bereits dieses Beispiel zeigt, wie wichtig ein Austausch ist, auch wenn es kein eindeutiges Ergebnis gibt. Die Tagung hat ein großes Bedürfnis nach Informationen, nach einem Austausch und nach Diskussionen deutlich gemacht. Das Institut wird sich auf jeden Fall weiter an der Debatte beteiligen.

Weitere Informationen sowie Hinweise zum Abschlussbericht des Projektes unter www.imew.de

Die Autorin ist Leiterin des Institutes Mensch, Ethik und Wissenschaft.

ANZEIGEN



MICOS konzept – Beratung und Software für die Sozialwirtschaft

MICOS ist der kompetente Partner für Unternehmen der Sozialwirtschaft. Als Softwarehaus bieten wir mit MICOS konzept seit mehr als 30 Jahren flexible Lösungen für alle Bereiche sozialer Einrichtungen.

Nutzen Sie mit uns als Berater die Chancen der Digitalisierung: Optimieren Sie Ihre Arbeitsprozesse und erhalten Sie die entscheidenden Informationen für die Steuerung.

Sie reichen Menschen die Hand, wir halten Ihnen den Rücken frei.

- Planung & Dokumentation von Hilfen
- Pflegeplanung/Pflegedokumentation
- Leistungsabrechnung
- Rechnungswesen
- Personalabrechnung/-management
- Warenwirtschaft
- Unternehmenssteuerung

MICOS GmbH
Mittelkamp 110-118
26125 Oldenburg
Telefon: 0441 3907-0
E-Mail: info@micos.de
www.micos.de



MICOS

IT-Lösungen für die Sozialwirtschaft

Lösungen, die helfen

Mein Kind ist behindert: Diese Hilfen gibt es

Aktualisierter Rechtsratgeber für behinderte Menschen

Der Rechtsratgeber „Mein Kind ist behindert – diese Hilfen gibt es“ des Bundesverbandes für körper- und mehrfachbehinderte Menschen (bvkm) wurde jetzt umfangreich aktualisiert und enthält alle für Menschen mit Behinderung wichtigen Rechtsänderungen, die zum 1. Januar dieses Jahres in Kraft getreten sind.

Auf 50 Seiten erfahren behinderte Menschen und ihre Angehörigen, welche Leistungen von den Krankenkassen und Pflegekassen erbracht werden und welche Vergünstigungen man mit einem Schwerbehindertenausweis erhält. Der Ratgeber berücksichtigt dabei insbesondere die Änderungen, die sich durch die Einführung des neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs zum 1. Januar 2017 im Recht der Pflegeversicherung ergeben haben. Statt der bisherigen drei Pflegegrade gibt es jetzt fünf Pflegegrade (die LHZ berichtete).

Dargestellt werden auch die Verbesserungen, die das Bundesteilha-

begesetz bei der Heranziehung von Einkommen und Vermögen im Falle des Bezuges von Leistungen der Eingliederungshilfe sowie der Hilfe zur Pflege vorsieht. Berücksichtigt wurde ebenfalls das neue Regelbedarfsermittlungsgesetz. Es sieht höhere Regelsätze für Bezieher von Leistungen der Grundsicherung vor und wirkt sich unter anderem auf die Höhe des Taschengeldes für Heimbewohner aus.

Hinweise für Menschen mit ausländischer Staatsangehörigkeit enthält der Ratgeber ebenfalls. Erläutert wird, unter welchen Voraussetzungen sie die genannten Leistungen beanspruchen können.

Der Ratgeber steht im Internet unter www.bvkm.de auf der Startseite kostenlos als Download zur Verfügung. Die gedruckte Version des Ratgebers kann für einen Euro bestellt werden: bvkm, Brehmstr. 5-7, 40239 Düsseldorf, versand@bvkm.de, Telefon: 02 11/6 40 04-15

Neues Institut

Wie Teilhabe gut gelingt

Die Katholische Fachhochschule Nordrhein-Westfalen hat jetzt in Münster ein neues Institut für Teilhabeforschung eröffnet. Ziel der Forschung ist es, die selbstbestimmte Teilhabe von Menschen mit Behinderung und von älteren Menschen in der Gesellschaft zu verbessern. Dies vor allem mit Blick auf den demographischen Wandel. Das Land Nordrhein-Westfalen unterstützt das Institut nach eigenen Angaben bis 2020 mit einer Million Euro. Das neue Institut will die Qualität der Forschung verbessern und deren Ergebnisse verbreiten.

„Es sollen zudem Methoden entwickelt werden, um die betroffenen Menschen direkt an der Forschung zu beteiligen“, erläutert Institutsleiter Prof. Dr. Friedrich Dieckmann. Wissenschaftlicher Nachwuchs sollte zur Promotion geführt werden.

In der Einrichtung in Münster forschen zwölf Professoren und elf wissenschaftliche Mitarbeiter, die eng mit Partnern aus der Praxis zusammenarbeiten, dies auch in standortübergreifenden Kooperationen.

DIE FAHRDIENSTE
WIR BEWEGEN MENSCHEN.

... seit über 50 Jahren als Partner vieler Einrichtungen und Schulen. Bundesweit.

NIEDERSACHSEN

27751 Delmenhorst • Nordenhamer Straße 65 • Telefon 04221 129530
29227 Celle • Heidkamp 10 • Telefon 05141 81990
30177 Hannover • Podbielskistraße 166 A • Telefon T 0511 693514
31134 Hildesheim • Kalenberger Graben 7 • Telefon 05121 9819000

NORDRHEIN-WESTFALEN

42553 Velbert • Im Koven 2 • Telefon 02053 5661
48231 Warendorf • Münsterstraße 39 • Telefon 02581 3070

RHEINLAND-PFALZ

55286 Wörrstadt • Energie-Allee 1 • Telefon 06131 1447330

BADEN-WÜRTTEMBERG, HESSEN

70565 Stuttgart • Am Wallgraben 99 • Telefon 0711 66489931

THÜRINGEN, BRANDENBURG, SACHSEN, MECKLENBURG-VORP., SACHSEN-ANHALT
06237 Leuna/OT Günthersdorf • Schäferei 2 • Telefon 034638 20401

www.diefahrdienste.de • info@diefahrdienste.de